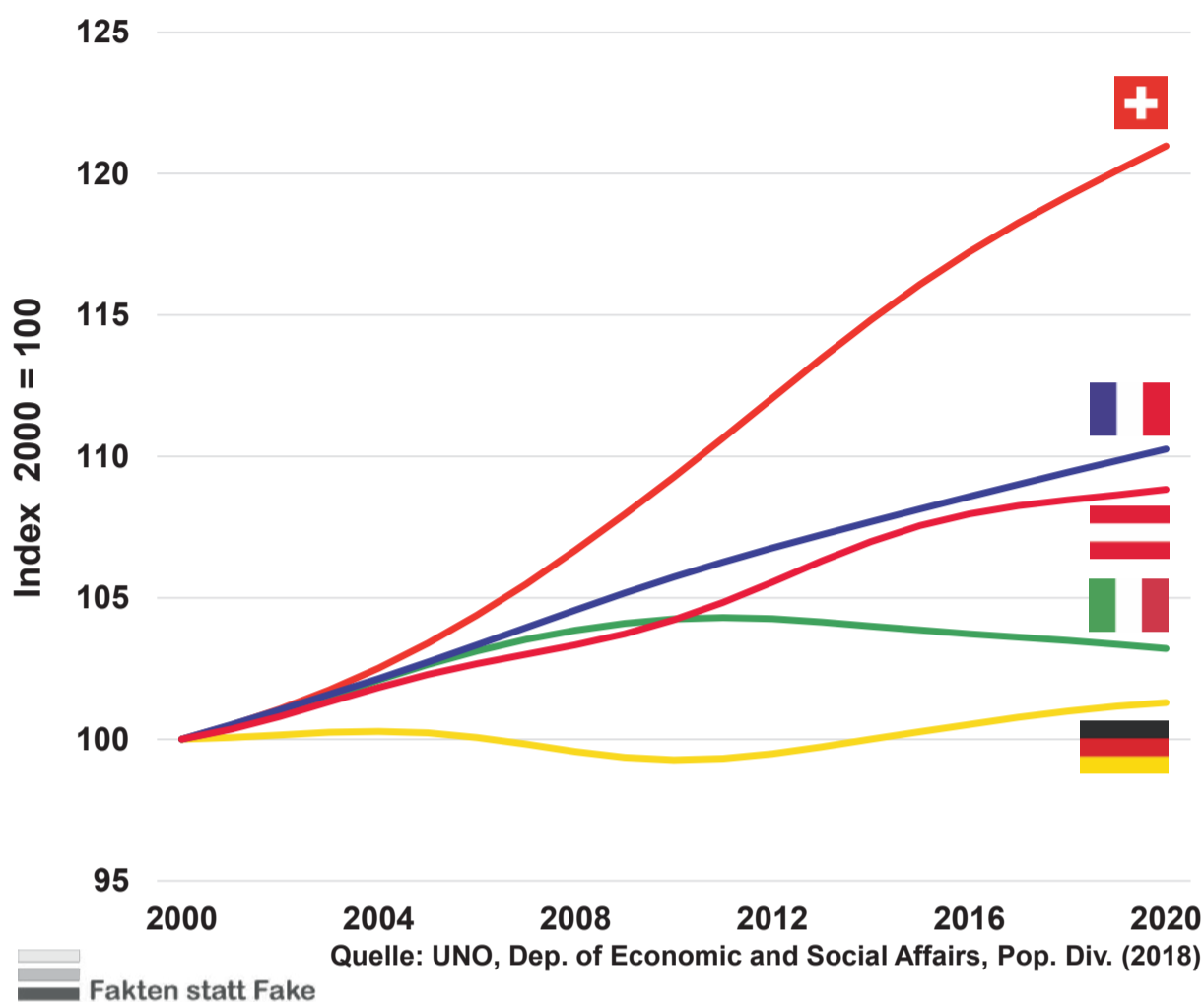


Wollen wir so weitermachen?



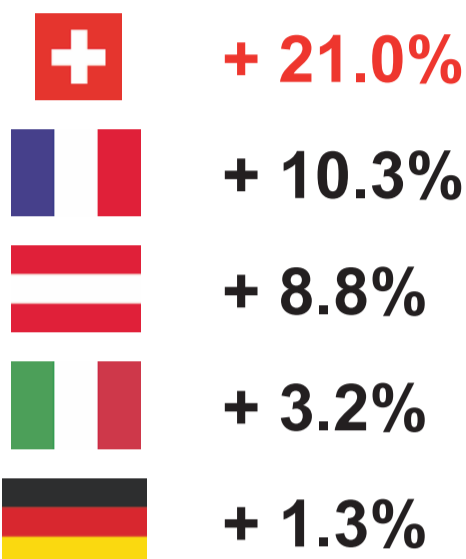
Fakten zu den Zürcher Kantonswahlen vom 12. Februar 2023

Bevölkerungswachstum im Umland



Relatives Wachstum 2000-2020

gemäss UNO Daten



16 x schneller als Deutschland

Gemäss UNO-Daten wächst die Schweiz 16-mal schneller als Deutschland.

BILD VEREINIGUNG FAKTEN STATT FAKE

«Wir nehmen die Fakten ernst»

Am 12. Februar 2023 wählen wir im Kanton Zürich die Mitglieder des Kantonsrats und des Regierungsrats. Wir sind überzeugt, dass es Richtungswahlen sind!

Wir alle sind betroffen von den aktuellen Entwicklungen. Die steigende Inflation, steigende Energiekosten, absehbare Energieengpässe, zunehmende Regulierungsdichte, steigende Steuern und Gebühren, sicherheitspolitische Bedrohungen sowie das Bevölkerungswachstum verlangen von der Politik rasche, spürbare, kurz- bis langfristige Massnahmen. Gut gemeinte, medial inszenierte Ad-hoc-Ratschläge und eine hektische Pflasterlipolitik bringen uns nicht vorwärts.

Der Kanton Zürich ist der bedeutendste Wirtschafts- und Forschungsstandort der Schweiz. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass unser Kanton die richtigen Rahmenbedingungen für die täglich gestellten Herausforderungen beschliesst.

Bevölkerungswachstum

Grosse Sorgen bereitet das Bevölkerungswachstum in der Schweiz und im Kanton Zürich. Bald werden 9 Millionen Menschen in der Schweiz leben. Innerhalb von nur neun Jahren haben wir in unserem Land 2-mal die Fläche des Zürichsees – 2-mal 90 km² – überbaut.

In den letzten nur gerade 20 Jahren wuchs die Bevölkerung in der Schweiz um die Einwohnerzahl von 3,5-mal Zürich, 13-mal Winterthur, 41-mal Uster oder 49-mal Dübendorf. Dass dieses Wachstum

zwangsweise Auswirkungen auf die Umwelt, die Ressourcensicherheit und die Infrastruktur hat, leuchtet jedem von uns ein. Ob Stromknappheit, Umweltbelastung, Grünflächenverbauung, Stautunden oder teurere Mieten: Die Auswirkungen zeigen sich in allen Bereichen.

Schweiz ist Spitzenreiterin

Betrachtet man Zahlen der UNO, wird schnell ersichtlich, wie stark dieses Wachstum im internationalen Vergleich ist. Betrachtet man die grösseren Länder in Europa (über 5 Millionen Einwohner), belegt die Schweiz in Europa mit Abstand den Spitzenplatz bezüglich Bevölkerungswachstum. Ob das Vereinigte Königreich, Schweden oder Deutschland: Kein anderes, grösseres europäisches Land mit über 5 Millionen Einwohnern wuchs so schnell wie die Schweiz. Insbesondere schockierend ist ein Vergleich mit unserem direkten Umland, wie in der Grafik «Bevölkerungswachstum im Umland» dargestellt wird. So wuchs die Bevölkerung in der Schweiz (21,0%) seit 2000 16-mal schneller als in Deutschland (1,3%). Selbst in absoluten Zahlen wuchs das 9-mal grössere Deutschland (+1,1 Millionen Einwohner) langsamer als die Schweiz (+1,5 Millionen Einwohner).

Fachkräftemangel

Obwohl die Schweizer Bevölkerung rasant wächst, herrscht in vielen Bereichen ein sogenannter Fachkräftemangel! Da kann doch etwas nicht stimmen. Wir müssen unser Bildungssystem so ausrichten, dass dringend notwendige Fachkräfte ausgebildet werden können. Insbesondere die Berufslehre und die Förderung von guten Schülerinnen und Schülern müssen im Vordergrund stehen. Topleute sind ausserhalb der EU zu rekrutieren, in Asien, in den

USA. Denn die EU-Zuwanderung führt zu einem starken Netto-Bevölkerungswachstum, kann aber den Bedarf an Topkräften in der Schweiz nicht decken.

Handeln ist angesagt

Dieses Bevölkerungswachstum, das zu 80% durch Nettozuwanderung entstanden ist, hat Auswirkungen auf die Schweizer Umwelt und die Ressourcensicherheit. Um die Umwelt wirklich zu schützen, muss man das Thema ganzheitlich betrachten und nicht nur auf einzelne Teilaspekte wie das Klima fokussieren. Bei einer solchen Analyse wird einem schnell klar, dass das Bevölkerungswachstum einer der wichtigsten Haupttreiber der Umweltbelastung ist.

Die Politik muss endlich aufhören, aus ideologischen Gründen die Augen vor der Wahrheit zu verschliessen und sollte auf die Wissenschaft, die Daten der Bundesämter hören und reagieren. Die Konsequenzen dieses masslosen Wachstums auf die Schweizer Umwelt und die Ressourcensicherheit werden in allen Bereichen sichtbar und spüren wir alle.

Wollen wir wirklich so weitermachen? Nein, wollen wir nicht.

Mit unseren engagierten Kantonsratskandidierenden der Liste 1 und unseren bewährten Regierungsräten Natalie Rickli und Ernst Stocker sorgen wir dafür, dass im wichtigsten Wirtschaftskanton der Schweiz, unserem Kanton Zürich, die Weichen richtig gestellt werden.

Danke für Ihre Unterstützung.

Kantonsrat Domenik Ledergerber
Präsident der SVP des Kantons Zürich



Domenik Ledergerber
BILD ZVG

«Windkraft – hoher Aufwand, wenig Ertrag»

Seite 2

«Die Rolle des Zürichsees»

Seite 3

«Österreich – pro Kopf 3-mal mehr Ackerfläche?»

Seite 6

«Richtig wählen heisst mitbestimmen»

Seite 8

Luftschloss «Zürcher Windkraft»

Die Baudirektion des Kantons Zürich plant einen massiven Ausbau von 120 industriellen Windrädern in unserem Kanton. Die geplanten Turbinen mit einer Gesamthöhe von bis zu 230 Metern wären fast doppelt so hoch wie der Prime Tower und sollen angeblich vier- bis sogar zwanzigmal mehr Strom liefern, als das Windenergiekonzept des Bundes berechnet hat. Doch hilft uns diese Strategie, einen Blackout zu verhindern, und ist sie wirklich grün?

Für eine sichere, zuverlässige Stromversorgung muss Strom dann zur Verfügung stehen, wenn wir ihn brauchen [1, alle Quellenangaben finden Sie im QR-Code unten rechts auf der Seite]. Doch Windkraftwerke produzieren nur, wenn der Wind bläst. Ein Blick nach Deutschland zeigt erschreckende Zahlen: Seit 2000 wurden dort insgesamt fast 110 Milliarden (!) Euro in Windenergie investiert [2]. Dennoch: Am 30. November 2022 wehte fast kein Wind in Deutschland.

Am 30. November 2022 waren die Windräder in Deutschland nur gerade zu 6% ausgelastet, lieferten also nur einen Bruchteil der installierten Leistung. Zwei Drittel des Stroms an diesem Tag mussten daher mit Kohle und Gas produziert werden.

Die darauf folgenden Dezemberwochen verliefen auf einem ähnlich tiefen Niveau [3]. Auch die NZZ und der «Tages-Anzeiger» [4] berichteten in der Vergangenheit bereits über diese tiefe Auslastung bei Windrädern. Und ein Blick auf die europäische Windkarte genügt, um zu sehen, dass die Schweiz, und insbesondere der Kanton Zürich, windarm ist. So sollen sämtliche 120 Windräder zusammen gerade einmal 2,5-mal so viel Strom wie das Flusskraftwerk in Eglisau liefern, welches 24 Stunden am Tag Strom produziert. Zu diesem klaren Schluss kam auch die kantonale Baudirektion vor acht Jahren. Realistisch seien bis 2050 vielleicht vier bis sechs grosse Anlagen, hielten die Experten des Kantons damals fest. Die Windräder könnten etwa **0,2 Prozent des Strombedarfs** des Kantons decken, also so gut wie nichts [5]. So schrieb die Baudirektion Zürich wörtlich [6]:

«Im Gegensatz zum Jura und zu den Alpen finden sich im Kanton Zürich wenige Standorte für eine wirtschaftliche Windkraftnutzung. Daher ist das technisch-ökologische Potenzial gering.» Baudirektion Kanton Zürich (2016)



Geplanter Windpark am Bachtel gemäss Baudirektion Zürich.

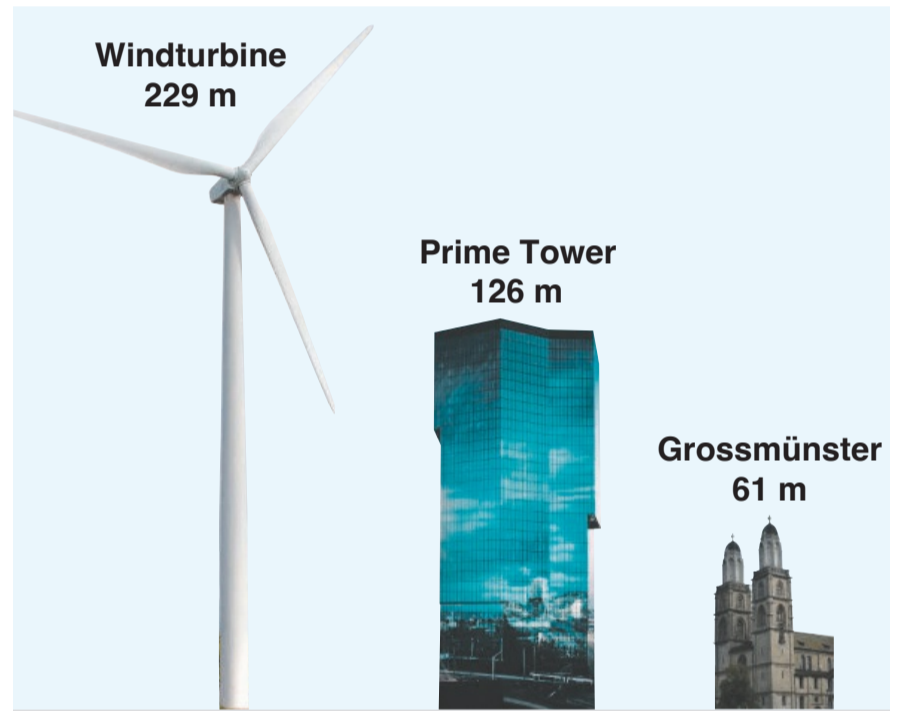
BILD FLZH



Geplanter Windpark am Pfannenstil. BILD FLZH

Nebst den Schwankungen in der Produktion haben Windräder weitreichende Auswirkungen auf Naherholungsgebiete sowie Schutzgebiete wie beispielsweise den Pfannenstil. Die drehenden Rotoren verursachen Lärm und beeinflussen das Wohl von Mensch und Tier. Bau und Unterhalt benötigen enorme Betonfundamente, zusätzliche Stromleitungen, Zufahrtsstrassen und führen zur weiteren Versiegelung von kostbarem Naturboden. Auch für Immobilienbesitzer, welche ihr ganzes Erspartes in ein Eigenheim investierten, haben Windräder fatale finanzielle Konsequenzen: Zahlreiche Berichte zeigen, dass die Anlagen den Wert der umliegenden Immobilien stark senken. [7]

Die geplanten Windkraftanlagen im Kanton Zürich tragen nur wenig zur Elektrizitätsversorgung bei, schwanken stark in der Produktion, greifen stark in die Natur ein und verursachen enorme finanzielle Kosten. Wollen wir das wirklich?



Maximale Höhe der geplanten Windräder im Vergleich zum Prime Tower und dem Grossmünster. BILD ZVG

Das Potenzial der Wasserkraft

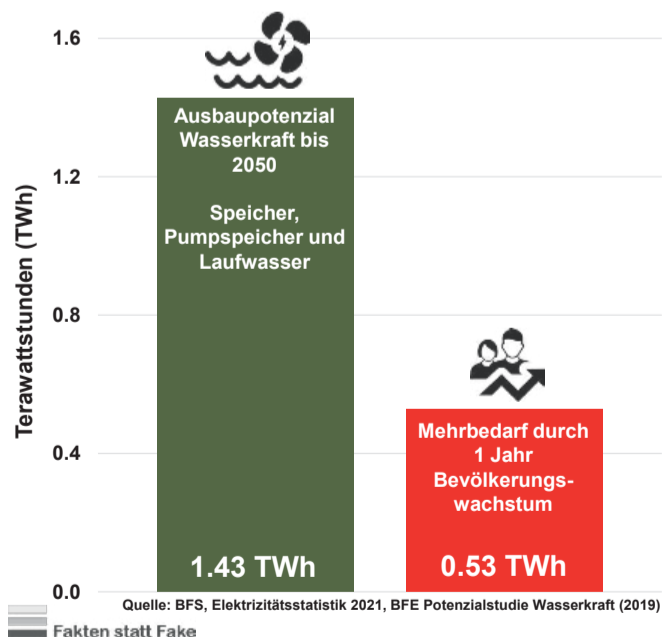
Mit Wasserkraft lässt sich zuverlässig und kostengünstig Strom produzieren. Dies haben bereits unsere Vorfahren erkannt und daher die Wasserkraft in der Schweiz stark ausgebaut. Laufwasserkraftwerke erlauben uns, jederzeit, Tag und Nacht, Strom zu produzieren. Speicherseen ermöglichen es uns, das Strompotenzial des Wassers in den Alpen optimal zu nutzen.

Zusätzlich helfen uns Pumpspeicherkraftwerke dabei, mit überschüssig produziertem Strom Wasser aus einem tieferen in ein höher gelegenes Reservoir zu pumpen, um die Energie CO₂-frei und günstig für einen späteren Zeitpunkt zu speichern.

Vor drei Jahren erstellte der Bund eine Studie zum Ausbaupotenzial der Schweizer Wasserkraft. Dabei wurden sämtliche Wasserkraftwerke, also Flusswasser- und Pumpspeicherkraftwerke, als auch Speicherseen, berücksichtigt.

Diese liefern heute 37,2 Terawattstunden (TWh) Strom. Der Bund kam zum Schluss, dass das gesamte Ausbaupotenzial bis ins Jahr 2050 nur noch 1,43 TWh beträgt [8]. Als Vergleich: Die Stadt Zürich verbrauchte 2020 2,6 TWh Strom.

Ausbau Wasserkraft



Das Bevölkerungswachstum frisst das Potenzial der Wasserkraft auf.

Mehrbedarf an Strom durch 1 Jahr Bevölkerungswachstum

+ 0.53 TWh

pro-Kopf Verbrauch 2021, jährliches Bevölkerungswachstum 2011-2021

Ausbau Wasserkraft bis 2050

+ 1.43 TWh

deckt Strombedarf von **2.7 Jahren Bevölkerungswachstum**

BILD VEREINIGUNG FAKTEN STATT FAKE

Das Bevölkerungswachstum verursacht jährlich einen Strommehrbedarf von rund 0,53 TWh, das sind 530 Millionen kWh. Jedes Jahr kommt dadurch nochmals mehr als der Strombedarf der gesamten Stadt Luzern dazu [9].

In den letzten zehn Jahren wuchs die Bevölkerung in der Schweiz jährlich um rund 80 000 Menschen an, was der Einwohnerzahl der Stadt Luzern entspricht. Vergleicht man die Zahlen des Bundes, sieht man, dass das gesamte, zusätzliche Wasserkraftpotenzial bis ins Jahr 2050 in den nächsten paar Jahren aufgebraucht ist.

Das Bevölkerungswachstum frisst in weniger als drei Jahren den gesamten noch möglichen Ausbau der Wasserkraft in der Schweiz auf. Das Potenzial der umweltschonenden Stromproduktion mit Wasser ist also aufgebraucht, bevor sie gebaut werden kann. Kann das wirklich so weitergehen?



Quellen und weitere Infos

So wollen wir nicht weitermachen!

Deshalb Liste 1 wählen!

Warum wir unsere Sparziele beim Klima nicht erreichen

Mit dem Pariser Abkommen hat sich die Schweiz verpflichtet, den Treibhausgasausstoss zu reduzieren und einen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten. Die Schweiz hat sich bis 2030 zum Ziel gesetzt, den Treibhausgas-Ausstoss im Vergleich zu 1990 um 50% zu senken, also zu halbieren. Dabei soll insbesondere der Ausstoss innerhalb der Schweiz, also im Inland, reduziert werden. Um die Fortschritte bei diesem Vorhaben zu überprüfen, setzte sich die Schweiz mit dem CO₂-Gesetz Zwischenziele [1].

«Das geltende CO₂-Gesetz schreibt vor, dass die Treibhausgasemissionen innerhalb der Schweiz bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 20 Prozent sinken sollen.» Quelle: Bafu (2022)

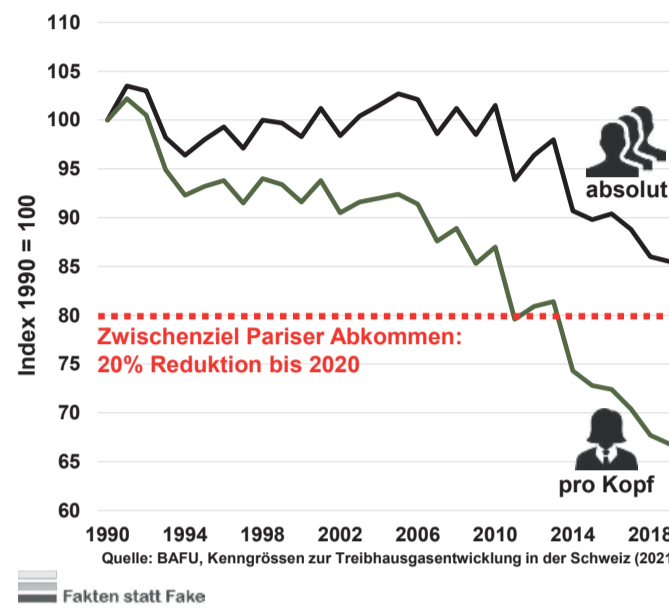
Ein Blick in die Statistiken lässt jedoch aufhorchen [2]. Gemäss den Daten der Bundesämter hat jeder Einzelne von uns seinen Treibhausgasabdruck bis 2019 um einen Drittel reduziert. Herr und Frau Schweizer stossen also viel

weniger Treibhausgase aus und hätten damit das Zwischenziel von 2020 mehr als deutlich erreicht. Doch: Der Gesamtausstoss der Schweiz konnte nur um 15% reduziert werden, **da im selben Zeitraum die Bevölkerung stark angewachsen ist.**

Herr und Frau Schweizer haben ihren Treibhausgasausstoss in der Schweiz um 33% reduziert und hätten damit die Zwischenziele des Pariser Klimaabkommens erreicht. Doch das Bevölkerungswachstum führte dazu, dass der Gesamtausstoss der Schweiz nur um 15% gesenkt werden konnte und die Ziele nicht erreicht wurden.

Obwohl wir uns also an das Klimaabkommen halten und unseren Treibhausgasausstoss pro Kopf stark reduziert haben, führt das hohe Bevölkerungswachstum dazu, dass es für die Schweiz immer schwieriger wird, die Pariser Klimaziele zu erreichen. Wollen wir wirklich so weitermachen?

Pariser Klimaziele



Von 1990 bis 2019:

33% Reduktion pro Kopf

wegen Bevölkerungswachstum:

15% Reduktion absolut

Zwischenziele Pariser Abkommen pro Kopf erfüllt

Trotz massiven Pro-Kopf-Einsparungen erreichten wir die Klimaziele nicht.

BILD VEREINIGUNG FAKTEN STATT FAKE

Die wahren Gründe für die Bodenverbauung

Unser grüner Boden ist eine unglaublich wertvolle Ressource. Er trägt stark zu unserer eigenen Erholung bei und ist von enormer Bedeutung für die Biodiversität. Auch für das Klima leisten grüne Böden einen wichtigen Beitrag, wie der Bund selbst schreibt [3,4]:

«Eine besonders wichtige Rolle spielt der Boden für das Klima. Im Boden ist mehr Kohlenstoff gespeichert als in der Atmosphäre und der Vegetation zusammen.» Quelle: Bafu (2020)

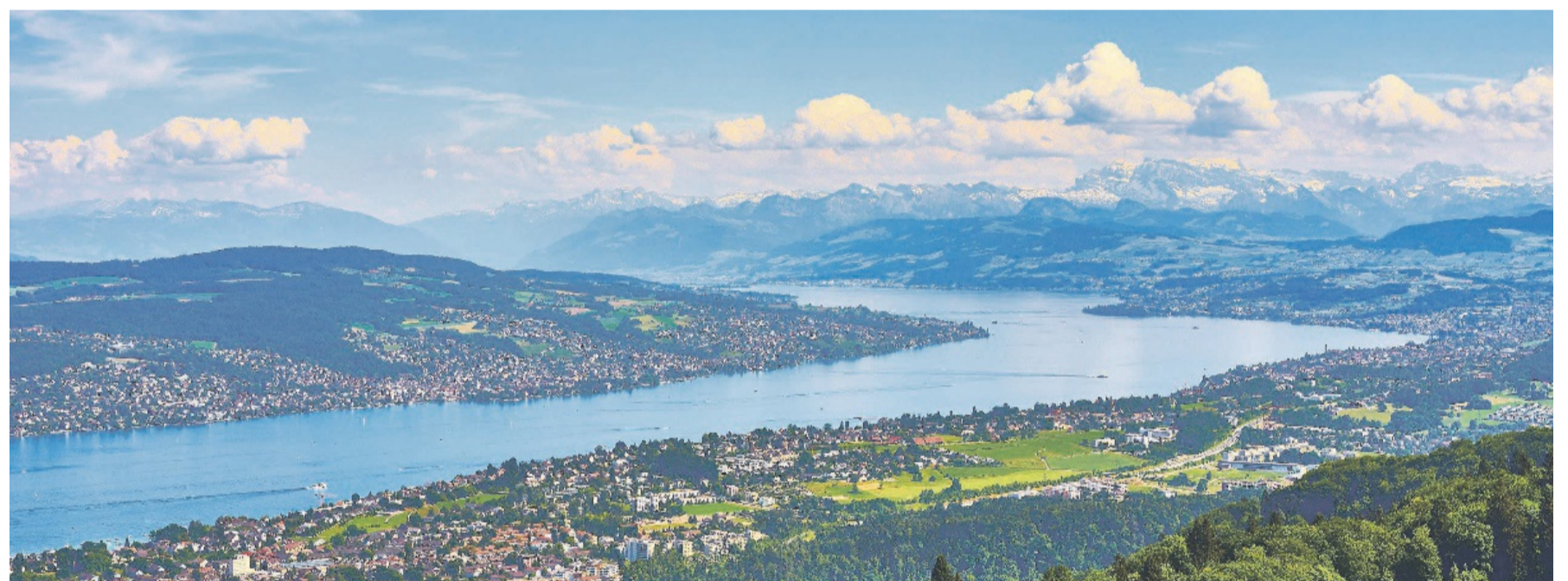
Dennoch verlieren wir in der Schweiz immer mehr grünen Boden. Gemäss Bundesdaten [5] wächst die Siedlungsfläche täglich um beinahe acht Fussballfelder. Selbst gemäss dem Bund ist das nicht nachhaltig.

«Rund 60 Prozent der Böden innerhalb der Siedlungsflächen sind versiegelt und haben somit keine ökologischen Bodenfunktionen mehr (...). Neben einer verminderten Lebensqualität steigen damit auch Risiken mit der Klimaerwärmung ...» Quelle: Bafu (2020)

Obwohl Herr und Frau Schweizer pro Kopf nur gerade 1 Prozent mehr Siedlungsfläche beanspruchen als in den 80er-Jahren, wohnen seit damals rund 30% mehr Menschen in der Schweiz.

Dies führte gemäss Bundesdaten dazu, dass die Siedlungsfläche um mehr als 31 Prozent wuchs. Das Bevölkerungswachstum führt also dazu, dass wir immer mehr wertvollen Boden verlieren.

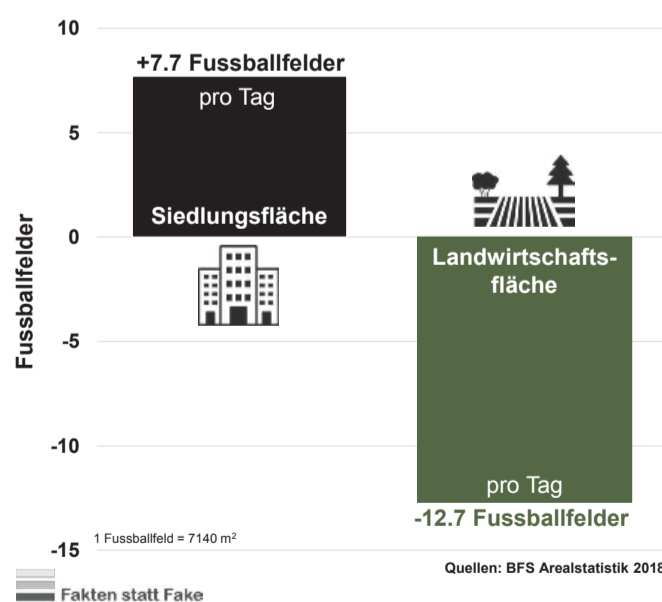
So wuchs die Siedlungsfläche auf Kosten der Landwirtschaftsfläche zwischen 2009 und 2018 um 180 Quadratkilometer, trotz verdichtetem Bauen. Dies entspricht mehr als 2-mal der Fläche des Zürichsees!



Zürichsee: 90 km²-Fläche – in nur neun Jahren 2-mal überbaut worden!

BILD ADOBE PHOTO STOCKS

Grünflächenverbauung



Von 2009 bis 2018:

Zunahme Siedlungsfläche:

2 x Fläche des Zürichsees

in nur 9 Jahren...

Bevölkerungswachstum gefährdet Ernährungs-sicherheit

Die Siedlungsfläche wächst alle neun Jahre um 2-mal die Fläche des Zürichsees. Hauptgrund ist das Bevölkerungswachstum.

So schwindet trotz Verdichtung tagtäglich kostbarer grüner Boden, obwohl dies eine der besten Ressourcen der Schweiz ist, etwas vor Ort für das Klima zu tun.

Das Bevölkerungswachstum führt also gemäss den Bundesdaten dazu, dass wir den grössten Kohlenstoffspeicher immer weiterzerstören. Ist das wirklich nachhaltig und gut für die Umwelt? Wollen wir wirklich so weitermachen?

In der Schweiz wird auf Kosten der Landwirtschaft alle neun Jahre 2-mal die Fläche des Zürichsees verbaut.

BILD VEREINIGUNG FAKTEN STATT FAKE



Quellen und weitere Infos

So wollen wir nicht weitermachen!

Deshalb Liste1 wählen!

Liebe Wählerinnen und Wähler

In wenigen Wochen, am 12. Februar 2023, finden im Kanton Zürich die Gesamt-erneuerungswahlen für den Kantons- und den Regierungsrat statt. Ich freue mich sehr, dass mich die Delegierten der SVP des Kantons Zürich zusammen mit Ernst Stocker erneut für den Regierungsrat nominiert haben. Gemeinsam wollen wir uns weiterhin für einen sicheren und stabilen Kanton Zürich einsetzen.

Eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung ist eine wichtige Voraussetzung für Lebensqualität im Kanton Zürich. Die Zürcherinnen und Zürcher sollen sich auf ein umfassendes Gesundheitswesen verlassen können. Das ausgezeichnete medizinische Angebot in Spitälern, in Arztpraxen, in Heimen, in der Spitex, in Apotheken, bei Therapeuten usw. gilt es zu erhalten und weiter zu fördern. Auch einwandfreie Heil- und Lebensmittel sowie der Schutz vor Tierseuchen und Pandemien gehören in die Bereiche, in



Regierungsrätin Natalie Rickli. BILD ZVG

welchen ich mich als Regierungsrätin und Gesundheitsdirektorin in den vergangenen vier Jahren einbringen konnte.

Mit der neuen Spitalplanung 2023 stellen wir eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende und wirtschaftliche Versorgung der Zürcher Bevölkerung mit

stationären medizinischen Leistungen für die kommenden zehn Jahre sicher. Die richtige Leistung, am richtigen Ort, in hoher Qualität. Das Angebot in der Kinder- und Jugendpsychiatrie wird ausgebaut – die psychische Gesundheit der Bevölkerung ist mir ein wichtiges Anliegen. Um Kinder besser vor sexuellen Übergriffen zu schützen, haben wir als erster Kanton die Präventionsstelle Pädosexualität geschaffen, ein anonymes, kostenloses Beratungs- und Therapieangebot für Betroffene und Angehörige.

Das Bevölkerungswachstum, die Alterung der Gesellschaft und weitere gesellschaftliche Entwicklungen stellen für den Kanton Zürich und das Gesundheitswesen grosse Herausforderungen dar. In den kommenden Jahren gilt es deshalb, die Eigenverantwortung zu stärken sowie neue Behandlungs- und Präventionskonzepte zu etablieren, um die Gesundheitsversorgung weiterzuentwickeln.

Hochstehende Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich

Nicht nur die Pandemie stellte das Gesundheitswesen auf die Probe. Die Bevölkerungsentwicklung, die zunehmende Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen und der Mangel insbesondere an Pflegepersonal stellen grosse Herausforderungen dar. In diesem Spannungsfeld sind der Regierungsrat und die Gesundheitsdirektion mehr denn je gefragt. Die Spitalpla-

nung 2023 ermöglicht eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende und wirtschaftliche Spitalversorgung für die nächsten zehn Jahre. Damit ist es Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli gelungen, eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung für die Zürcher Bevölkerung sicherzustellen und die Weichen für die Zukunft zu stellen. ■

Für einen sicheren und stabilen Kanton Zürich ist es wichtig, dass der Regierungsrat und der Kantonsrat weiterhin gute Voraussetzungen schaffen für eine funktionierende Grundversorgung, gesunde Finanzen sowie eine innovative Wirtschaft. Davon profitieren sowohl die Bevölkerung als auch unsere Unternehmen.

Ich freue mich, wenn ich mich gemeinsam mit Ernst Stocker in den nächsten vier Jahren weiterhin für einen in allen Belangen gesunden und erfolgreichen Kanton Zürich einsetzen darf.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!
 Natalie Rickli,
 Regierungsrätin Zürich,
 Winterthur

«Die SVP vertritt meine Werte einer freien Schweiz»

Frau Regierungsrätin Natalie Rickli, weshalb sind Sie in der SVP?

Natalie Rickli: 1992 hat mich die Abstimmung zum EWR-Beitritt politisiert. Die SVP war als einzige grössere Partei gegen einen Beitritt und lehnt nach wie vor konsequent auch eine EU-Mitgliedschaft ab. Die SVP vertritt meine Werte: Sie steht ein für eine eigenständige, unabhängige, sichere sowie freie Schweiz. Für diese Werte engagiere ich mich politisch seit über 20 Jahren, zuerst im Gemeinde- und Kantonsrat, dann im Nationalrat und heute im Regierungsrat. Dabei war Sicherheit stets ein Kernthema für mich. Nicht nur früher im Nationalrat, sondern auch aktuell im Regierungsrat kann ich mich dafür einsetzen, beispielsweise in Bezug auf die Patientensicherheit. Mit der Schaffung einer Präventionsstelle im Kanton Zürich wollen wir den Schutz von Kindern vor sexuellen Übergriffen verbessern. Ein Anliegen, das ich im Nationalrat initiierte und nun als Regierungsrätin umsetzen konnte.

Sie waren in der Regierung speziell für das Corona-Dossier zuständig. Wie erlebten Sie diese Aufgabe?

Die Sicherstellung der Spitalversorgung für über 1,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner ist Aufgabe des Kantons.



Natalie Rickli als Ehrengast am Sechseläuten. BILD ZVG

Und wir hatten uns mit grösstmöglicher Flexibilität auf eine vom Virus fremdgesteuerte Zeit einzustellen. Vieles war weder plan- noch voraussehbar. Es gab oft nicht die einzige richtige Lösung für ein Problem. Und dennoch mussten rasch Entscheide getroffen werden. Dabei bewegten wir uns in einem grossen Spannungsfeld: Zur Aufrechterhaltung der Spitalversorgung und zum Schutz der besonders gefährdeten Menschen mussten

wir vorübergehend Einschränkungen in Kauf nehmen. Den einen gingen die Massnahmen zu weit, den anderen zu wenig weit. Man konnte es nie allen recht machen. Rückblickend ist es uns im Kanton Zürich gelungen, die medizinische Versorgung für unsere Einwohnenden sicherzustellen. Dies, obwohl unser Gesundheitswesen teilweise an seine Grenzen stiess. Dies gelang dank des guten Zusammenspiels zwischen Kanton und

Gemeinden, Spitälern, Heimen, Apotheken, der Spitex, Ärztinnen und Ärzten, der Schulen, der Wirtschaft und der Polizei, aber auch dank der Unterstützung der Bevölkerung.

Wie sieht aus Ihrer Sicht die Zusammenarbeit mit dem Parlament aus?

Da ich vor meiner Zeit im Regierungsrat während 17 Jahren in drei Parlamenten mitgewirkt habe, bin ich mir der unterschiedlichen Rollen von Parlament und Regierung bewusst. Der Kantonsrat hat den Auftrag, dem Regierungsrat auf die Finger zu schauen, das darf durchaus kritisch erfolgen. In den Kommissionen erlebe ich eine konstruktive Zusammenarbeit. Wichtige Geschäfte aus meinem Zuständigkeitsbereich fanden in dieser Legislatur im Parlament eine Mehrheit. So zum Beispiel das neue Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz (SPFG) oder die Wahl neuer Spitalräte.

Welche politischen Schwerpunkte wollen Sie in der kommenden Legislatur setzen?

Die Zürcherinnen und Zürcher sollen sich weiterhin auf eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung verlassen können. Dazu gehören neben sicheren Spitälern auch einwandfreie Heil- und Lebensmittel sowie der Schutz

vor Tierseuchen und Pandemien. In den kommenden Jahren sind die Eigenverantwortung zu stärken sowie neue Behandlungs- und Präventionskonzepte zu etablieren, um das Gesundheitswesen weiterzuentwickeln. Die vom Personal-mangel betroffenen Gesundheitsberufe sollen gefördert werden. Einen Fokus will ich weiterhin auf die psychische Gesundheit der Zürcher Bevölkerung legen. Im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie konnten wir bereits einen Ausbau erwirken und damit zur Verbesserung der Situation beitragen.

Was möchten Sie den Bürgerinnen und Bürgern unseres Kantons vor den Wahlen auf den Weg geben?

Wir wohnen in einem schönen und sicheren Kanton mit hoher Lebensqualität. Es werden jedoch immer mehr Ansprüche gestellt, welche mit Steuergeldern finanziert werden sollen. Dabei geht manchmal vergessen, dass die gute Situation unseres Kantons nicht selbstverständlich ist. Wir müssen unserem Standort mit optimalen Rahmenbedingungen Sorge tragen. Deshalb sollten wir uns regelmässig die Frage stellen, was die Bürgerin und der Bürger eigenverantwortlich machen können und wo es den Staat wirklich braucht.

Für Sicherheit und Stabilität

Wieder in den Regierungsrat

Natalie

Ernst

Rickli

Stocker



regierungsratswahl.ch
 Zusammen mit Silvia Steiner,
 Carmen Walker Späh und
 Peter Grünenfelder

Der Kanton Zürich – ein starker Partner

Die Zürcherinnen und Zürcher haben Glück. Sie leben im wirtschaftsstärksten Kanton, profitieren von hochstehenden staatlichen Dienstleistungen und von einer hervorragenden Infrastruktur. Der Kanton Zürich ist der wirtschaftliche Taktgeber der Schweiz und mit seinem Bildungssystem ihre grösste Talentschmiede. Mit wem ich in anderen Kantonen oder im Ausland rede: Man spricht mit Hochachtung über Zürich, und auch mit ein bisschen Neid.

Der Schlüssel zur Entwicklung des Kantons ist ein stabiler und solider Staatshaushalt. Das ist mir ein zentrales Anliegen. Wir können die erforderlichen Investitionen in die Spitäler und Schulen, die Strasse und Schiene nur stemmen, wenn die Kasse in Ordnung ist. Ausserdem wollen die Bevölkerung und die Wirtschaft zu Recht wissen, mit welcher Steuerbelastung sie langfristig zu rechnen haben. Dazu muss der Staat seine Finanzen im



Regierungspräsident Ernst Stocker. BILD ZVG

Griff haben und darf sich nur massvoll verschulden.

Die Prüfer von der Bewertungsagentur Standard&Poor's haben dem Zürcher Staatshaushalt kürzlich erneut die Bestnote «AAA» gegeben. Man muss sich das vor Augen halten: Mitten in diesen unsi-

cheren Zeiten kann sich der Kanton Zürich auf einen Haushalt stützen, der an Kreditwürdigkeit nicht zu überbieten ist. Die Prüfer hoben in ihrem Zeugnis besonders die breit abgestützte Wirtschaft und die moderaten langfristigen Schulden hervor. Letzteres ist auch darum wichtig, weil es einem schlanken und effizienten Staat erlaubt, in einer Krise rasch zu reagieren und Hilfe zu leisten. Das haben wir während der Corona-Pandemie mit den Kreditgarantien und mit dem Härtefallprogramm gemacht.

Ein langfristig gesundes Budget ist auch aus einem anderen Grund zentral. Noch nie in der jüngeren Vergangenheit hat sich so deutlich gezeigt wie jetzt, wie wichtig es ist, dass die Schweiz eine eigene Währung hat. Der flexible Franken hat wesentlich mitgeholfen, die Teuerung aus dem Ausland abzufedern. Diese starke Währung haben wir, weil das Vertrauen in die Schweizer Volkswirtschaft

Standard & Poor's (S & P) Rating

S&P gibt im Auftrag des Kantons zweimal jährlich ein Rating ab. Für das Urteil werden die Verfassung der Wirtschaft, der institutionelle Rahmen, das Finanzmanagement, die Finanzlage und die Liquidität betrachtet.

Die Ratingagentur hebt in ihrem Bericht insbesondere die Widerstandskraft und die Stärke der Zürcher Wirtschaft hervor, die sie unter anderem auf die

Vielfalt der Branchen zurückführt. Der Ratingbericht ist erfreulich. Das Lob für das Finanzmanagement, die ausgezeichnete Liquidität und die moderaten Schulden zeigen, dass der Regierungsrat und die Finanzdirektion mit Vorsteher Ernst Stocker den Haushalt verantwortungsvoll und mit den richtigen Mitteln steuern. ■

und unsere öffentlichen Institutionen und Haushalte intakt ist. Das gilt es zu erhalten und zu stärken, auch im Interesse der privaten Haushalte mit einem schmalen Budget. Denn niemand ist der Teuerung so stark ausgesetzt wie sie.

Der Kanton Zürich ist gut aufgestellt. Ich will mich zusammen mit Natalie Rickli im Regierungsrat dafür einsetzen,

dass der Kanton stabile Finanzen behält, dass er auf kommende Herausforderungen angemessen reagieren kann und dass er sein «AAA» behält. So kann der Kanton Zürich der verlässliche Partner bleiben, der er ist.

Ernst Stocker,
Regierungspräsident Zürich,
Wädenswil

«Zürich ist der Wirtschaftsmotor der Schweiz»

Herr Regierungspräsident Ernst Stocker, weshalb sind Sie in der SVP?

Ernst Stocker: Die SVP vertritt Werte, die auch mir wichtig sind. Wir stehen ein für eine freiheitliche und sichere Schweiz. Als Finanzdirektor bedeuten Freiheit, Stabilität und Sicherheit für mich, dass die Staatsfinanzen im Lot sind, die Verschuldung moderat ist und Menschen und Unternehmen Planungssicherheit haben. Sie wollen zu Recht wissen, mit welcher Steuerbelastung sie zu rechnen haben. Und wenn die Finanzen stimmen, haben wir auch die Freiheit, dort zu investieren, wo wir den dringendsten Handlungsbedarf erkennen. Ausserdem schätze ich als ehemaliger Landwirt, dass sich die SVP um die Bedürfnisse der Bäuerinnen und Bauern kümmert.



Ernst Stocker blickt zuversichtlich in die Zukunft des Kantons Zürich. BILD ZVG

Sie sind für die Finanzen verantwortlich. Ist der Wirtschaftsstandort Zürich nicht mehr attraktiv genug? Viele Unternehmen wandern in andere Kantone ab. Was unternehmen Sie dagegen?

Der Kanton Zürich ist und bleibt ein hervorragender Standort. Es gibt immer Zu- und Wegzüge, und dass Nachbarkantone versuchen, mit steuerlichen Anreizen Firmen anzulocken, mag ärgerlich erscheinen. Aber Tatsache ist, dass unser Kanton auch wirtschaftlich wächst, neue Arbeits-

plätze geschaffen und Firmen gegründet werden. Der Kanton Zürich ist der Wirtschaftsmotor und die Talentschmiede der Schweiz und für Unternehmen äusserst attraktiv. Wichtig für die weitere Entwicklung des Kantons ist ein stabiler Staatshaushalt, der auch Investitionen erlaubt, die den Kanton weiterbringen und mit welchen er für die Bevölkerung und die Unternehmen attraktiv bleibt. Für Unternehmen ist es ausserdem wichtig, dass sie auf einen schlanken und effizienten

Staat zählen können, der in einer Krise unkompliziert helfen kann und dass die Steuerbelastung moderat bleibt. Dafür setze ich mich als Finanzdirektor ein.

Wie sieht aus Ihrer Sicht die Zusammenarbeit mit dem Parlament aus?

Die Aufgabe des Parlaments ist es, Gesetze und konkrete Vorlagen zu beraten und zu beschliessen. Wir als Exekutivpolitikerinnen und -politiker müssen dann schauen, wie wir die Vorgaben vollziehen. Diese

Rollenteilung ist ein grosser Vorteil unseres politischen Systems, weil damit ausgewogene Lösungen entstehen, die breit abgestützt sind. In der Beratung und Umsetzung von Vorlagen sind immer wieder Kompromisse gefragt. Und auch wenn manchmal intensiv diskutiert wird, setzt man sich dann doch wieder zusammen an den Tisch. Mir ist es wichtig, dass Regierung und Parlament – im Wissen um die eigene Rolle – gemeinsam Lösungen finden, die dann auch umgesetzt werden können. Das klappt meistens sehr gut.

Welche politischen Schwerpunkte wollen Sie in der kommenden Legislatur setzen?

Der Kanton Zürich steht finanziell gut da, und ich möchte mich dafür einsetzen, dass das auch so bleibt. Dazu ist es wichtig, dass sich der Kanton Zürich gegenüber anderen Kantonen und dem Bund nicht versteckt und für sich selbst einsteht. So müssen Leistungen, die der Kanton Zürich für andere Kantone übernimmt, auch fair abgegolten werden. Das ist heute noch nicht immer der Fall: Die Ausbildung an Hochschulen beispielsweise, von der auch andere Kantone profitieren, wird nicht vollständig abgegolten. Das werden wir anschauen müssen. Ebenso eine weitere Entlastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Wir

haben in die Finanzplanung eine Senkung des Steuerfusses und die zweite Senkung des Gewinnsteuersatzes für Unternehmen aufgenommen. Das gilt es umzusetzen, wenn es die Gesamtsituation zulässt.

Was möchten Sie den Bürgerinnen und Bürgern unseres Kantons vor den Wahlen auf den Weg geben?

Nur wer stimmt, bestimmt! Wir haben die Möglichkeit, unsere direktdemokratischen Rechte wahrzunehmen – das sollten wir auch nutzen und am 12. Februar Regierung und Parlament mit einer hohen Stimmbeteiligung wählen. Gerade in der aktuellen Lage kann dieses Privileg nicht hoch genug geschätzt werden. In unsicheren Zeiten, wie wir sie aktuell erleben, ist es besonders wichtig, dass Persönlichkeiten in der Regierung eingebunden sind, die um Stabilität und Sicherheit besorgt sind. Genau dafür stehe ich ein: Als erfahrener Exekutivpolitiker handle ich überlegt und vorausschauend. Mit Fachwissen und Sachverstand sowie zuverlässigem und gradlinigem Handeln suche ich Lösungen, statt Probleme und Differenzen zu bewirtschaften. Deshalb steht im Zentrum meines politischen Handelns die Sache und nicht die eigene Person.

Für Sicherheit und Stabilität

Wieder in den Regierungsrat

Natalie

Ernst

Rickli

Stocker



regierungsratswahl.ch
Zusammen mit Silvia Steiner,
Carmen Walker Späh und
Peter Grünenfelder

«Die SVP vertritt die Werte, die unser Land erfolgreich gemacht haben»

Ueli Maurer hat eine beeindruckende politische Karriere hinter sich. Sie führte ihn über den Gemeinderat von Hinwil in den Kantonsrat Zürich, von da in den Nationalratssaal in Bern und weiter als Bundesrat sogar ins Weisse Haus nach Washington DC. Hier im Interview spricht einer der populärsten Bundesräte aller Zeiten über kommende Herausforderungen, die Landwirtschaft und die Grossartigkeit unseres politischen Systems.

Herr Maurer, herzliche Gratulation zu einer unglaublichen politischen Karriere. Wie fühlt man sich wieder als «normale» Bürger?

Ueli Maurer: Ich freue mich, dass ich wieder der «normale Ueli» bin. Und ich geniesse, dass ich über meine Zeit jetzt freier verfügen kann: Ich werde die Sommermonate in Kanada verbringen, wo mein Sohn mit seiner Familie ganz abgelegen eine Ranch betreibt. Also ein ganz anderes Leben mit der Natur, mit Pferden und Bären. Aber natürlich schaue ich auch gerne auf die langen Jahre in der Politik zurück. Sei es damals in der Gemeinde, im Kanton, dann als Nationalrat und Parteipräsident oder als Bundesrat. Jedes Amt ist auf seine eigene Art und Weise speziell, aber sie haben alle etwas gemeinsam: Man trifft die allerverschiedensten Menschen. Und bei aller Verschiedenheit findet man zusammen doch immer wieder tragbare Lösungen; man setzt sich ein für andere, für unsere Gemeinschaft Schweiz. Auch wenn damit immer wieder auch Ärger verbunden ist: Das ist sehr motivierend.

Sie blicken auf eine knapp 45-jährige politische Karriere zurück: Was hat sich in all den Jahren politisch in unserem Land verändert?

Die Intoleranz gegenüber Meinungen, die vom Mainstream abweichen, hat zugenommen. Immer öfter höre ich mittlerweile den Satz: «Man darf es nicht mehr laut sagen.» Und das betrifft nicht etwa irgendwelche abwegigen Meinungen, sondern solche, die vor nicht allzu langer Zeit sogar mehrheitsfähig waren. Wer heute beispielsweise Probleme mit der Überfremdung, der Ausländerkriminalität oder dem Islam ansprechen will oder mit all diesen «woken» Radikalforderungen nicht einverstanden ist, der wird schnell als Extremist bezeichnet und ausgegrenzt. Das ist eine sehr ungesunde Entwicklung, die letztlich das Vertrauen in unsere Demokratie untergräbt.

Wo lokalisieren Sie die aktuell grössten politischen Herausforderungen der Schweiz?

Es läuft einiges aus dem Ruder - und gerade die grössten Probleme wollen viele



Alt Bundesrat Ueli Maurer blickt auf eine gelungene Politkarriere zurück.

BILD KEYSTONE-SDA/MARCEL BIERI

nicht einmal wahrhaben: Ich denke an die überzogenen Ausgaben, die das Parlament beschliesst; an unsere Energiepolitik, die zu Mangellagen führt; an das ungebremste Bevölkerungswachstum aufgrund der Zuwanderung, welches unsere Kapazitäten in jeder Hinsicht sprengt. Das Schlimmste daran ist, dass so viele - vor allem auch in den Medien -

die Augen verschliessen. Dabei ist das Erkennen des Problems die Voraussetzung, um dieses zu lösen.

Am 12. Februar stehen kantonale Wahlen in Zürich an. Weshalb ist aus Ihrer Sicht ein Wahlerfolg der SVP wichtig?

Ganz einfach - die SVP vertritt die Werte, die unser Land so erfolgreich und so wohlhabend gemacht haben. Wir vertreten die Werte, die diese weltweit einmalige Lebensqualität, Freiheit und Mitbestimmung ermöglichen. Ich kann wirklich nicht verstehen, dass es bei uns politische Bestrebungen gibt, die das alles aufs Spiel setzen, wofür uns die ganze Welt bewundert.

Die Schweizerische Landwirtschaft ist das Rückgrat unserer zivilen Landesversorgung. Als ehemaliger Geschäftsführer des Zürcher Bauernverbandes: Was macht die links-grüne Umweltpolitik so gefährlich für den Bauern?

Dass sie der Ideologie verpflichtet ist und nicht der Realität! Unsere Bauern produzieren gesund und umweltschonend, trotzdem werden sie immer wieder ins Visier genommen. Die Folge ist, dass wir unsere heimische Produktion gefährden und am Ende mehr aus dem Ausland importieren - zudem noch oft aus Ländern, die im Gegensatz zur Schweiz auf Industrielandwirtschaft setzen und denen die Produktionsmaximierung viel wichtiger ist als die Umwelt oder das Tierwohl.

Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen nicht an Abstimmungen und Wahlen teil. Weshalb lohnt es sich, seinen Wahlzettel auszufüllen?

Wir leben in der besten Staatsordnung der Welt! Tragen wir Sorge zu ihr. Denn in keinem anderen Land haben die Bürgerinnen und Bürger so viel zu sagen wie bei uns. Aber unsere Staatsordnung ist nichts für eine passive, träge Bevölkerung. Sie funktioniert auf die Dauer nur, wenn die Leute mitmachen, wenn sie stimmen, wählen, sich engagieren, sich für Ämter zur Verfügung stellen. Das ist darum auch ein Appell: Nutzen Sie die grossartigen Möglichkeiten unserer direkten Demokratie!

Herr alt Bundesrat, herzlichen Dank für das Gespräch!

Die Ernährungssicherheit ist stark gefährdet

Das Volk hat vor 5 Jahren mit 79% dem Verfassungsartikel für eine «Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion, insbesondere des Kulturlandes» zugestimmt. 2021 kam der Bund jedoch zu einem äusserst besorgniserregenden Schluss [1]:

«Die globale Nahrungsmittelproduktion kann gemäss Prognosen mittelfristig mit dem Bevölkerungswachstum mithalten. In der Schweiz ist dies hingegen nicht mehr der Fall.» Quelle: Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (2021)

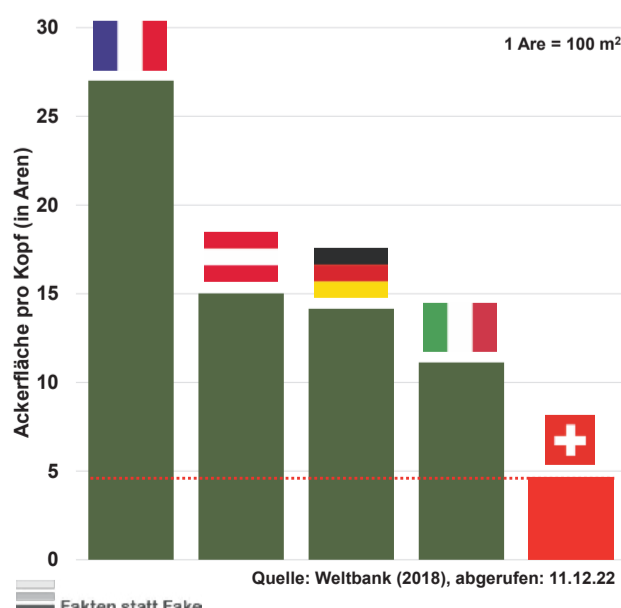
Das Bundesamt folgert, dass auf der einen Seite die Bevölkerung immer weiterwächst, die Inlandproduktion von Lebensmitteln gleichzeitig rückläufig ist. Auch der damalige Bundesrat Johann Schneider-Ammann erachtete die Ernährungssicherheit in Anbetracht des Bevölkerungswachstums nicht als selbstverständlich.

Obwohl der Pro-Kopf-Konsum, also wie viel Nahrung jeder Einzelne von uns braucht, immer weiter sinkt, brauchen wir wegen des Bevölkerungswachstums immer mehr Nahrungsmittel, welche wir

zwangsweise importieren müssen. Zeitgleich sinkt die Landwirtschaftsfläche tagtäglich um fast dreizehn Fussballfelder. Aufgrund der Geografie ist die Ackerfläche in der Schweiz beschränkt. Gemäss Daten der Weltbank hat die Schweiz pro

Einwohner weniger Ackerfläche zur Verfügung als unsere Nachbarn [2]. Wenn wir unsere Ernährung komplett auf Bio umstellen wollten, würde gemäss Bund (Agroscope) die Nahrungsmittelproduktion um mehr als 30% sinken [3].

Ackerfläche im Umland



Ackerfläche pro Kopf

gemäss Daten der Weltbank (2018), in Aren

- 27 a
- 15 a
- 14.1 a
- 11.1 a
- 4.7 a



weniger Ackerfläche pro Kopf als unsere Nachbarn

Die Ackerfläche pro Kopf ist bei uns im Vergleich zu unseren Nachbarn um ein Vielfaches kleiner.

BILD VEREINIGUNG FAKTEN STATT FAKE



Quellen und weitere Infos

«Für das Eigentum»

Das Stimmverhalten der Zürcher Kantonsräte bei Themen des Hauseigentums.

Der Hauseigentümergebiet Region Winterthur hat das Abstimmungsverhalten im Zürcher Kantonsrat bei Themen zum Hauseigentum analysiert. Das Ergebnis zeigt, dass sich alle Kantonsräte der SVP, EDU und FDP für die Wohneigentümer einsetzen. Bei der Mitte sind es nur zwei Kantonsrätinnen. Bei den übrigen Parteien stossen die Interessen der Wohneigentümer auf kein Gehör.

Im Zürcher Kantonsrat werden zahlreiche Geschäfte behandelt, welche die Wohneigentümer direkt betreffen. Nur wenn gegen einen Beschluss vom Kantonsrat das Referendum ergriffen wird, kann das Zürcher Stimmvolk darüber entscheiden. Das letzte Mal war dies der Fall beim Energiegesetz, über welches die Stimmberechtigten am 28. November 2021 entscheiden konnten. In allen anderen Fällen entscheidet der Kantonsrat, ohne dass die Wohneigentümer mitscheiden können. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass im Kantonsrat Personen sitzen, welche die Interessen der Wohneigentümer vertreten und bei Abstimmungen zu Hauseigentumsthemen entsprechend abstimmen.

Kantonsräte für das Wohneigentum

In der laufenden Legislatur des Zürcher Kantonsrats hat der Hauseigentümergebiet Region Winterthur das Wahlverhalten im Zusammenhang mit Wohneigentum analysiert. Dabei wurde bei 31 Abstimmungen, bei welchen es um Wohneigentumsthemen ging, das Abstimmungsverhalten der 180 Kantonsrätinnen und Kantonsräte ausgewertet und ein Rating erstellt.

Das Rating vom Hauseigentümergebiet gibt eine Übersicht, wie stark sich die einzelnen Kantonsräte für die Interessen der Wohneigentümer eingesetzt haben. Die Auswertung zeigt, dass sich

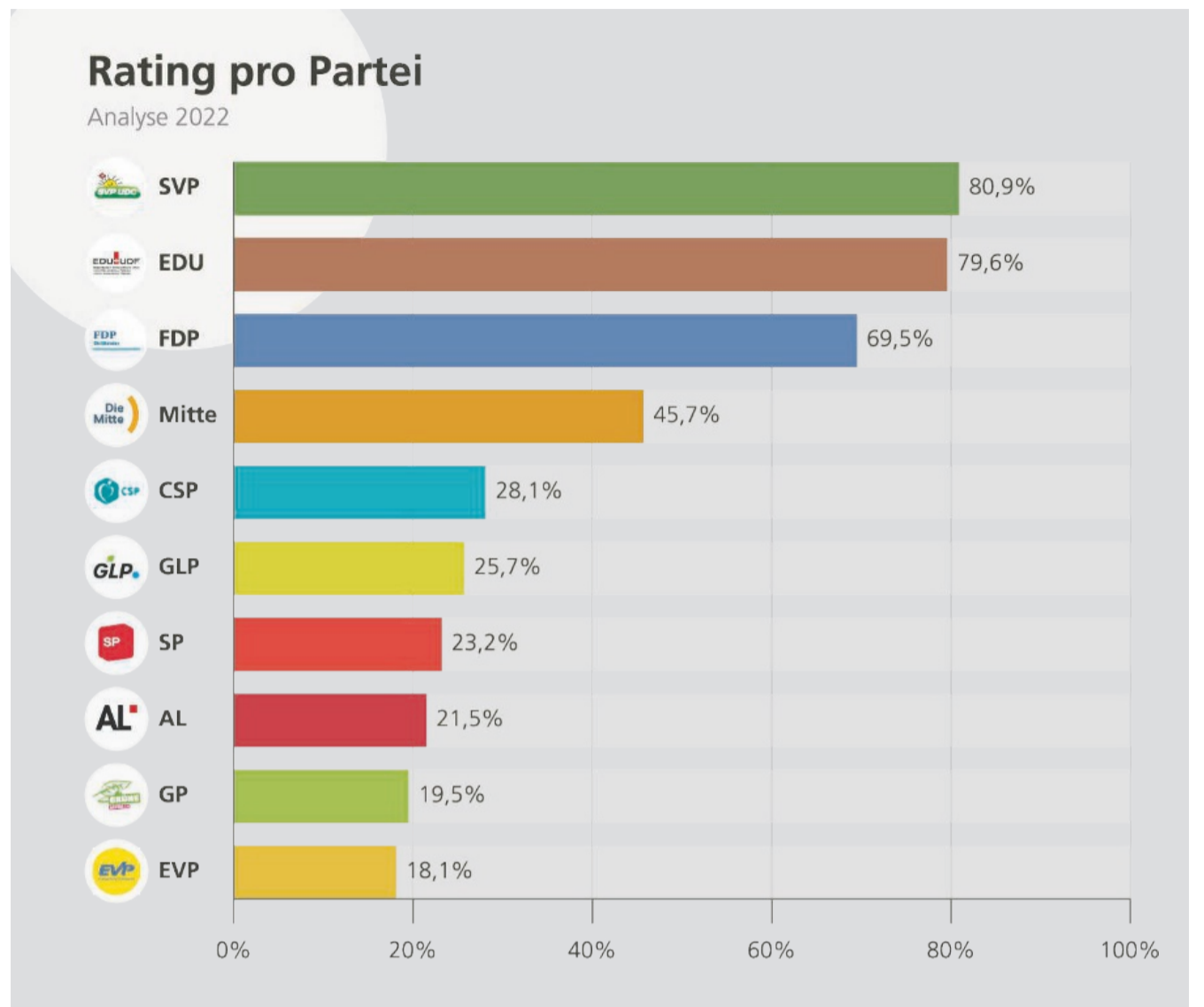
78 Kantonsräte für die Interessen der Wohneigentümer engagieren, diese haben ein Rating von mindestens 50 Prozent erreicht.

Parteien für das Wohneigentum

Im Zürcher Kantonsrat setzen sich drei Parteien für die Interessen der Haus- und Wohneigentümer ein. Bei der SVP, EDU und FDP erreichten auch alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte ein Rating von über 50 Prozent. Mit 80 Prozent haben SVP und EDU das beste Resultat erreicht, die FDP folgt mit 70 Prozent auf dem dritten Platz und stimmt damit in mehr als zwei Dritteln der Abstimmungen für das Wohneigentum.

Mit einem grösseren Abstand folgt mit 46 Prozent Die Mitte auf dem vierten Platz. Die übrigen Parteien erreichten ein Rating von 18 bis 28 Prozent und haben damit überwiegend gegen die Interessen der Wohneigentümer gestimmt. Bei diesen Parteien ist erwähnenswert, dass die GLP in knapp drei Vierteln der Abstimmungen gegen die Interessen der Wohneigentümer gestimmt hat und dass die EVP mit 18 Prozent das tiefste Rating erreichte.

Interessant ist der Vergleich vom klassischen Links-rechts-Schema der Parteien mit dem HEV-Rating. Während sich die bürgerlichen Parteien SVP, EDU und FDP erwartungsgemäss für das Wohneigentum einsetzen, verhält sich die Mitte-Partei beim Thema Wohneigentum ausgeglichen. Die GLP und die EVP, welche im Links-rechts-Schema ebenfalls in der Mitte eingeordnet werden, sprechen sich im Zürcher Kantonsrat dagegen deutlich gegen das Hauseigentum aus. Die GLP positioniert sich mit knapp 26 Prozent nahe bei der SP, und die EVP liegt mit 18 Prozent sogar auf dem letzten Platz, hinter der AL und den Grünen. Bei den linken Parteien überrascht dagegen die AL. Im Links-rechts-Schema liegt die AL



Die SVP ist an der Spitze der Parteien, die sich für das Wohneigentum einsetzen.

STUDIE HEV REGION WINTERTHUR

ganz links, beim Wohneigentum erreicht sie mit 22 Prozent aber ein besseres Resultat als die Grünen oder die EVP.

Aus der Analyse kann folgender Schluss gezogen werden: SVP, EDU und FDP unterstützen klar die Interessen der

Wohneigentümer, Die Mitte nur knapp in der Hälfte der Fälle. Die beiden anderen Mitte-Parteien, GLP und EVP, sind keine Unterstützer des Wohneigentums und stimmen gleich wie Links-grün.

HEV Region Winterthur



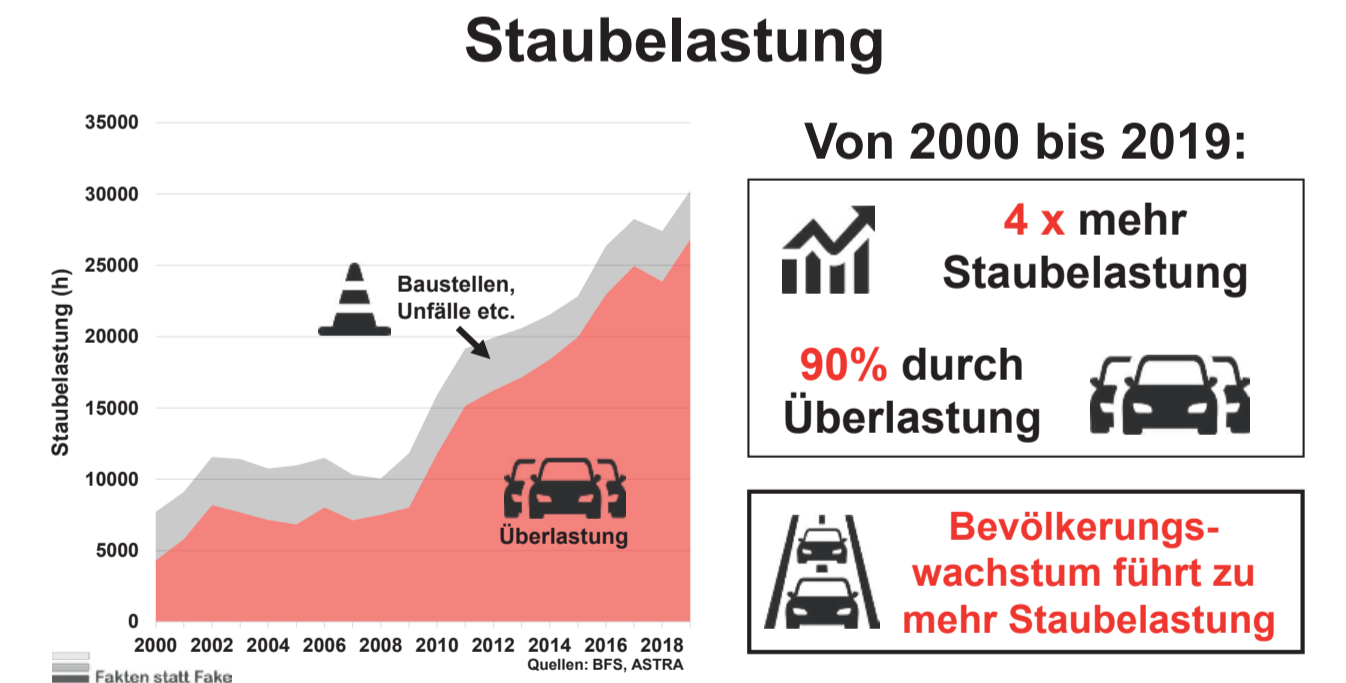
Link zur Studie HEV-Studie «Wohneigentum und Politik im Kanton Zürich»

Vervierfachung der Staustunden seit 2000

Egal ob in vollen Zügen, überfüllten Trams oder auf verstopften Strassen: Es wird zunehmend eng in unserem Verkehr. Das spüren wir alle und zu diesem Schluss kommt auch der Bund. Die räumlichen Verhältnisse der Schweiz setzen dem Ausbau der Infrastruktur Grenzen. Der Bund schlussfolgert, dass der Ausbau zur Abnahme der landschaftlichen Qualität und zu weiterer Versiegelung des Bodens führt. Dabei werden landwirtschaftliche Nutzflächen und naturnahe Landschaftsräume zerstört. Trotz all diesen Konsequenzen rechnet der Bund mit einer Zunahme von über 50 Prozent der Personenkilometer in den nächsten 20 Jahren, obwohl die Kapazitäten praktisch erschöpft sind [1]:

«Die Kapazität auf der Schiene ist zu Stosszeiten teilweise ausgeschöpft und die Nachfrage kann auf dem Fernverkehrsnetz und bei den S-Bahn-Systemen (...) wie auch beim Schienengüterverkehr nicht überall befriedigt werden.» Quelle: Bundesamt für Raumentwicklung (2021)

Ein ähnliches Bild sehen wir auf den Strassen. Die Staubebelastung hat in den letzten 20 Jahren rapide zugenommen, insbesondere seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit



Die Staubebelastung in der Schweiz nimmt rasant zu.

2007. Dadurch haben sich in den letzten 20 Jahren die Staustunden vervierfacht [2].

«Die zunehmenden Engpässe auf den Strassen führen zu weiteren gegenseitigen Behinderungen des Personen- und Güterverkehrs sowie

des strassengebundenen ÖV.» Quelle: Bundesamt für Raumentwicklung (2021)

Das rasante Bevölkerungswachstum der letzten 20 Jahre führt zu mehr Stau, überfüllten Zügen und viel mehr Lärm. Aber auch der Ausbau führt zu

noch mehr Beeinträchtigung unserer Lebensqualität und der Umwelt. **Wollen wir wirklich so weitermachen?**



Quellen und weitere Infos

Mobilitätsinitiative der SVP und der FDP Kanton Zürich

Die Mobilitätsinitiative will, dass auf den Hauptstrassen der Verkehr fließen kann. Genügend Kapazitäten auf den Strassen sind ein zentrales Anliegen von Gewerbe und Wirtschaft, denn Stau ist teuer: Jede Staustunde führt zu Mehrkosten und verteuert Dienstleistungen und Produkte.

Konkret wird gefordert, dass auf Staatsstrassen und Strassen von überkommener Bedeutung die gesetzliche Innerortsgeschwindigkeit von 50 km/h nicht reduziert werden darf.

Der im Dezember von der Stadt Zürich präsentierte Umsetzungsplan entlarvt die Absicht, Tempo 30 flächendeckend einzuführen. Die rot-grünen Stadtregierungen fühlen sich moralisch überlegen und vertreten knallhart eine Stadtmauerpolitik, um die rückständige, autofahrende Landbevölkerung aus ihren verkehrsberuhigten Stadtteilen fernzuhalten.

Die Mobilitätsinitiative pariert den rot-grünen Angriff der Städte auf den Strassenverkehr und sichert das Vorwärtskommen auf den Hauptverkehrsachsen, ohne die Quartiere zu belasten.

Es ist Zeit für eine vernünftige Verkehrspolitik. Damit wir alle gemeinsam vorwärtskommen!
www.mobilitaetsinitiative-zh.ch

So wollen wir nicht weitermachen!

Deshalb **Liste 1** wählen!

Warum es in der Stadt Zürich unbedingt eine starke SVP braucht

Die Stadtzürcher SVP betreibt eine Politik der Vernunft. Camille Lothe, die SVP-Stadtpräsidentin, zeigt auf, warum diese Politik für die Bürgerinnen und Bürger eindeutig die beste ist.

Die Stadt Zürich ist beliebt. Gemäss diversen Studien rangiert die Stadt Zürich in der Liste der globalen Städte mit der höchsten Lebensqualität regelmässig auf den vorderen Rängen. Zürich ist eine der wirtschaftlich dynamischsten Städte Europas.

Doch dieser Erfolg hat seinen Preis: Die Wohnungsknappheit in Zürich hat sich weiter akzentuiert. Am 1. Juni 2022 standen genau 161 Wohnungen in der Stadt frei. Verglichen mit dem Vorjahr sind das weniger als die Hälfte. Das erstaunt nicht: Seit 1940 steigt der Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Stadt Zürich konstant.

Mehr Leute bedeutet mehr Dichtestress

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung beträgt aktuell über 32%. Knapp jede fünfte ausländische Person, die aus dem Ausland in die Schweiz migriert, zieht in den Kanton Zürich – mehr als die Hälfte davon in die Stadt Zürich.

Doch Zürich wird noch weiterwachsen: Gemäss den neuesten Berechnungen werden im Jahr 2040 etwa 510000 Menschen in der Stadt Zürich wohnen. Die Zunahme von 74000 Personen entspricht ungefähr der Bevölkerungszahl der Stadt St. Gallen. Die Quartiere Seebach, Altstetten, Affoltern und Hirzenbach werden besonders stark zulegen. Das bedeutet: zunehmender Dichtestress.



Camille Lothe, die das Parteipräsidium im vergangenen Jahr von Mauro Tuena übernommen hat, ist überzeugt: Die unkontrollierte Einwanderung trägt zur Wohnungsknappheit in Zürich bei. Dadurch wird auch das Schulsystem übermässig beansprucht. Dagegen wehrt sich die SVP. BILD ZVG

Die negativen Folgen der unkontrollierten Einwanderung sind eindeutig. Bereits heute beträgt der Anteil fremdsprachiger

Kinder in den Stadtzürcher Schulen 45%. Mit speziellen Programmen wie «Qualität in multikulturellen Schulen» müssen seit

Jahren Gegenmassnahmen getroffen werden. Die – eigentlich – ausgezeichnete Volksschule wird durch Privatschulen

verdrängt. Der Integrationseffekt der Schule geht verloren. Doch die Zürcher Politik ignoriert diese Probleme.

Vielmehr konzentriert sich die Politik in der Stadt Zürich auf die Durchsetzung ideologischer Wunschvorstellungen. Im Fokus stehen Gendersprache, die Woke-Ideologie und die generelle Einführung von Tempo 30. Feuerwerke, Flugshows oder Public Viewings auf öffentlichem Grund werden verboten. Unbewilligte Demonstrationen sind hingegen herzlich willkommen. Dabei leiden Anwohner, das Gewerbe und Besucher. In Zürich wird nämlich fast jeden Tag demonstriert. Im Jahr 2021 wurden 360 Demonstrationen gezählt, ein Drittel davon war unbewilligt. Die Kosten für den Polizei-, Feuerwehr- oder Sanitätseinsatz dürfen die Steuerzahler übernehmen. Allein die unbewilligten Strassenblockaden von Extinction Rebellion im Oktober 2021 verursachten Kosten von über 680000 Franken. Mit der eingereichten «Anti-Chaoten-Initiative» geht die Junge SVP Kanton Zürich das Problem an.

Gegen ideologische Verbotspolitik

Doch es braucht mehr: Vernunft ist gefragt! Die Stadtzürcher SVP setzt sich gegen die ideologische Verbotspolitik ein. Damit die Stadt Zürich weiterhin ein attraktiver Lebensort ist, müssen wieder Gewerbe und attraktive Rahmenbedingungen im Vordergrund stehen. Autofahrer und Passagiere des öffentlichen Verkehrs sollen nicht durch lästige Tempo-30-Zonen auf Hauptstrassen blockiert werden. Handwerker und Gewerbetreibende brauchen für ihre Arbeit Parkplätze. Unsere Stadt braucht eine weltoffene Bodenständigkeit. Dazu ist jetzt eine starke SVP nötiger denn je. Herzlich, Ihre Camille Lothe

Aufgepasst: So machen Sie beim Wählen alles richtig

Kanton Zürich **Wahlzettel**
für die Erneuerungswahl des Regierungsrates für die Amtsdauer 2023 – 2027
Erster Wahlgang vom 12. Februar 2023

Sieben Mitglieder des Regierungsrates

Name, Vorname	Nähere Angaben wie: Partei, Wohnort usw.
1. Rickli, Natalie	SVP
2. Stocker, Ernst	SVP
3. Steiner, Silvia	Die Mitte
4. Walker Späh, Carmen	FDP
5. Grünenfelder, Peter	FDP

Diese fünf und nur diese gehören auf den Wahlzettel für den Regierungsrat.

So wählen Sie richtig!

- 

1 Kantonsratswahl: Die **Liste 1** abtrennen und aufbewahren. Übrige Listen ins Altpapier werfen.
- 

2 Regierungsratswahl: **Natalie Rickli** und **Ernst Stocker** sowie die anderen bürgerlichen Kandidaten auf den leeren Wahlzettel für den Regierungsrat schreiben.
- 

3 Den Stimmrechtsausweis unterschreiben. **Sonst ist Ihre Stimme ungültig!**
- 

4 Die unveränderte **Liste 1 SVP** für den Kantonsrat und den **ausgefüllten Wahlzettel** für den Regierungsrat in das kleine Couvert legen, dieses verschliessen.
- 

5 Das kleine Couvert ins Wahlcouvert legen.
- 

6 Den Stimmrechtsausweis ins Wahlcouvert legen.
- 

7 Den Stimmrechtsausweis so ins Wahlcouvert legen, dass die Adresse der Gemeinde vorne ersichtlich ist.
- 

8 Das Wahlcouvert bis zum 7. Februar per Post zurücksenden. Später kann es in den Briefkasten der Gemeinde geworfen oder persönlich zur Urne gebracht werden.

Die Wahlanleitung in acht anschaulichen Schritten: So stellen Sie sicher, dass Ihre wichtige Stimme auch tatsächlich gültig ist und gezählt wird.

BILDER ZVG


Impressum

Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch, Redaktion: Wahlkommission Kantonale Wahlen 2023, Redaktionsschluss: 31. Dezember 2022

Bitte spenden

Für die Verteidigung unserer freien Schweiz und für eine sichere Zukunft in Freiheit sind wir auch auf Ihre Spende angewiesen! Besten Dank!
CH17 0900 0000 8003 5741 3
SVP Schweiz, Volkspartei des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf (Vermerk «Spende»)

Aktion «Fakten statt Fake»

 **Fakten statt Fake**

Eine kleine Gruppe von Personen aus Wissenschaft und Politik hat sich zusammengefunden, um Antworten zu suchen, wie sich das Bevölkerungswachstum in der Schweiz unter anderem auf Siedlungs- und Landwirtschaftsflächen, Ernährungssicherheit, Fachkräftemangel, Energieverbrauch, Treibhausgasemissionen und Wohlstand auswirkt. Einfach verständliche Infografiken, basierend auf öffentlich zugänglichen Daten der Bundesämter, der Weltbank und anderer offizieller Quellen, ergeben zum Teil überraschende Resultate.

Kontakt

www.svp-zuerich.ch
wahlen@svp-zuerich.ch

Sichere Zukunft in Freiheit